Beschlussvorlage

Amt:	Abteilung I	Datum:	24.07.2018
Bearbeiter:	Andreas Meinen	Vorlage Nr.:	2018/319

Beratungsfolge	Status	Termin	Behandlung
Verwaltungsausschuss	N		Vorberatung
Rat	Ö		Entscheidung

Betreff:

CDU-Antrag "Bessere Transparenz in der Ratsarbeit"

Schilderung der Sach- und Rechtslage

Das Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) ist die zentrale Rechtsnorm für die Gemeinden. Dort sind die Bestimmungen enthalten, in denen ihre Aufgaben und Funktionsweisen geregelt werden. Damit bildet das NKomVG nicht nur das Dach, sondern auch den verbindlichen Rahmen, in dem sich auch die Gemeinde Bockhorn zu bewegen hat.

Das NKomVG ist die Nachfolgeregelung für die Nds. Gemeindeordnung sowie die Nds. Landkreisordnung; diese beiden Gesetze bildeten vorher für viele Jahrzehnte (seit 1955) die Grundlage für die Aufgabenerfüllung der Gemeinden und Landkreise. Sie sind immer wieder aktualisiert und den sich geänderten Gegebenheiten angepasst worden, um den Kommunen zeitgemäße Rechtsvorgaben für ihre Aufgabenerledigung zu geben.

Dies vorangeschickt, nehme ich zu den von der CDU-Fraktion angesprochenen vier Forderungen wie folgt Stellung:

1. „Zwei-Monatsrhythmus der Ratssitzungen statt wie bisher Drei-Monatsrhythmus“

Die Einberufung des Gemeinderates ist in § 59 NKomVG geregelt. Danach wird der Rat einberufen, sooft es die Geschäftslage erfordert; das heißt, wenn Themen seitens des Rates zu entscheiden sind. Wie die folgende kurze Aufstellung über die Anzahl der Ratssitzungen in den vergangenen fünf Jahren zeigt, ist dies von Jahr zu Jahr unterschiedlich:

- 2013: 5 Ratssitzungen
- 2014: 6 Ratssitzungen (davon 1 interfraktionell)
- 2015: 8 Ratssitzungen (davon 2 interfraktionell)
- 2016: 6 Ratssitzungen
- 2017: 9 Ratssitzungen (davon 4 interfraktionell)

Dass für 2018 bislang „lediglich“ 4 Ratssitzungen terminiert sind, ist wiederum der Geschäftslage geschuldet. Sollte sich ein kurzfristiger Bedarf ergeben, wird natürlich der Rat auch zusätzlich einberufen.

2. „Vorlagen werden abschließend durch den Rat statt nur durch den VA entschieden, soweit juristisch zulässig“

Die Gemeinde ist eine Gebietskörperschaft, die durch ihre Organe (Gemeinderat, Verwaltungsausschuss, Bürgermeister) handelt. Sie unterscheidet sich hierbei von den natürlichen Personen, die für sich und in eigenem Namen handeln.

Welche Entscheidungszuständigkeiten die drei Organe der Gemeinde haben, ergibt sich wiederum aus dem NKomVG (Gemeinderat: § 58 NKomVG, Verwaltungsausschuss: § 76 NKomVG, Bürgermeister: § 85 NKomVG). Die gesetzlichen Vorgaben haben Vorrang und binden die Gemeinde.

Wie auch schon eingangs erläutert, sind in das Gesetz und damit auch in diese Vorgaben die Erfahrungen aus mehr als sechs Jahrzehnten Kommunalverfassung eingeflossen. Die Zuordnung der Entscheidungskompetenzen dient dazu, eine sachgerechte und effiziente, aber auch möglichst zeitnahe Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.

Diese rechtlichen Vorgaben werden beachtet und die Entscheidungszuständigkeiten gewahrt.

3. „Nach jeder Verwaltungsausschusssitzung erfolgt ein Pressebericht durch den Bürgermeister zu den getroffenen Beschlüssen, soweit nach NKomVG zulässig“

Hier hat die CDU-Fraktion selbst schon auf die rechtlichen und bindenden Vorgaben des NKomVG hingewiesen. Zur Erläuterung dazu hier die ergänzenden Anmerkungen:

Dieser Aufgabenblock ist ebenfalls im § 85 NKomVG geregelt. Der Bürgermeister hat gemäß § 85 Abs. 1 zunächst die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses vorzubereiten und die Beschlüsse des Rates sowie des Verwaltungsausschusses auch auszuführen.

Daneben hat er nach § 85 Abs. 4 NKomVG den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ausschüsse etc. über wichtige Angelegenheiten zu unterrichten, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses. Dies wird durch verschiedene Maßnahmen umgesetzt:

- Alle Ratsmitglieder erhalten die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis.
- Auf der Tagesordnung für die Sitzungen des Rates und des Verwaltungsausschusses steht regelmäßig ein Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“, für die einzelnen Fachausschüsse wird dieser TOP bei Bedarf aufgenommen.
- Wichtige Informationen, die in der Zwischenzeit eingehen, werden per Mail an die Fraktions- bzw. Gruppenvorsitzenden weiter gegeben, damit von dort die Fraktionen bzw. Gruppen umgehend unterrichtet werden können.

Natürlich sind auch die Einwohnerinnen und Einwohner in geeigneter Weise über die wichtigen Angelegenheiten zu informieren. Dies erfolgt durch Presseinformationen. Auch hier gibt es jedoch Besonderheiten:

- Aus der Natur der Sache heraus werden die wichtigen Angelegenheiten in der Regel vom Rat entschieden, so dass im Verwaltungsausschuss insofern noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen werden.

- Verschiedene Entscheidungen (insbesondere Personalentscheidungen) sind vertraulich zu handhaben.
- Zudem ist zu berücksichtigen, dass die meisten Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Öffentlichkeit vorab öffentlich in den Fachausschüssen beraten worden sind. Hierüber hat die Presse dann bereits berichtet. In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit ist damit durch die Empfehlung des Fachausschusses die Entscheidung insgesamt bereits getroffen worden. Damit ist der zusätzliche Nachrichtenwert gering.

4. „Die Einladung zu öffentlichen Ausschuss- und Ratssitzungen wird zusätzlich zur Presse auch über die sozialen Medien veröffentlicht, um weitere Zielgruppen anzusprechen (analog Gemeinde Wangerland)“

Gemäß § 59 Abs. 5 NKomVG sind Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen ortsüblich bekannt zu machen. In der Gemeinde Bockhorn erfolgt dies durch Bekanntmachungen in der Nordwest-Zeitung, im Aushang im Rathaus sowie auf der Internetseite der Gemeinde. Über diese unterschiedlichen Veröffentlichungswege werden die Einwohnerinnen und Einwohner gut informiert.

Weitere Veröffentlichungswege können daneben aber natürlich eröffnet werden.

Beschlussvorschlag

Der CDU-Antrag lautet wie folgt:

Mit einem 4-Punkte-Plan soll die Transparenz der Ratsarbeit verbessert werden.

1. Zwei-Monatsrhythmus der Ratssitzungen statt wie bisher Drei-Monatsrhythmus
2. Vorlagen werden abschließend durch den Rat statt nur durch den VA entschieden, soweit juristisch zulässig
3. Nach jeder Verwaltungsausschusssitzung erfolgt ein Pressebericht durch den Bürgermeister zu den getroffenen Beschlüssen, soweit nach NKomVG zulässig
4. Die Einladung zu öffentlichen Ausschuss- und Ratssitzungen wird zusätzlich zur Presse auch über die sozialen Medien veröffentlicht, um weitere Zielgruppen anzusprechen (analog Gemeinde Wangerland)

Meinen
Bürgermeister
Anlagen

CDU-Antrag vom 06.07.2018